

der einer*m zustehenden Grund-
sicherung gestrichen wird.

„Nur wer arbeitet, soll auch
essen“, das sagte der SPD-
Bundesarbeitsminister Franz
Müntefering im Jahr 2010.
Damit reihte er sich in die Linie
von Paulus, Hitler und Stalin ein,
die diesen Gedanken allesamt
auf ihre eigene Art und Weise
geprägt haben. Zugleich
versinnbildlichte der sozial-
demokratische Politiker damit
die Politik des deutschen
Sozialsystems und verbalisierte
einen Gedanken der so wohl von
großen Teilen der Bevölkerung
gedacht wird.

Wir haben all diese Diskri-
minierungen satt! Wir fühlen uns
durch eine „Arbeiter*innen-
bewegung“, die nach immer
mehr Arbeit ruft, nicht repräsen-
tiert und wir sind nicht bereit,
uns wegen unserer Erwerbs-

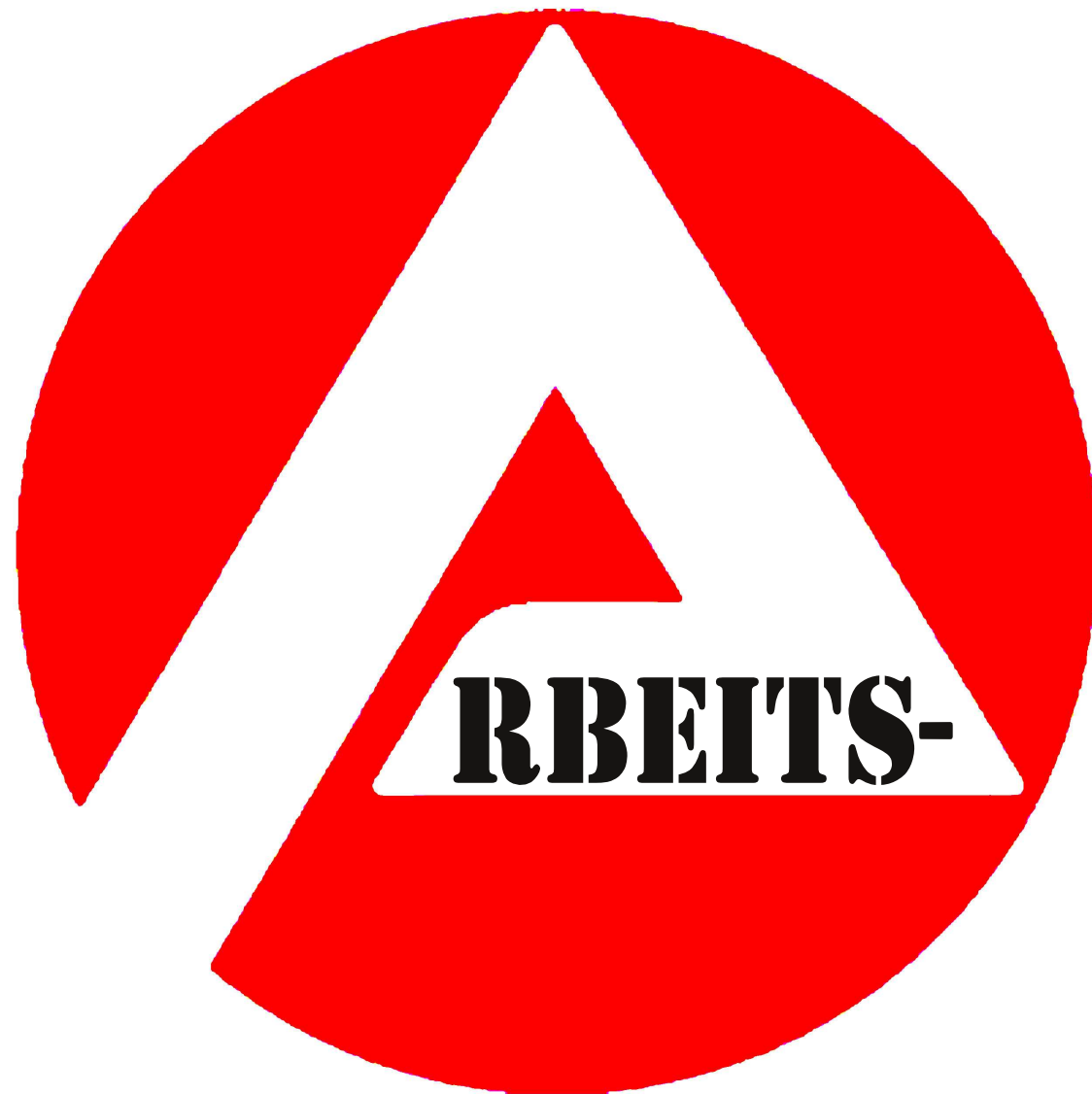
losigkeit schikanieren zu lassen.
Dabei sehen wir die Diskrimi-
nierung von Erwerbslosen auch
im Zusammenhang eines anhal-
tenden gesellschaftlichen Rechts-
drifts. Statt zu arbeiten, wollen
wir die deutsche Arbeitsmoral
und die mit ihr einhergehenden
Diskriminierungen zerschlagen.

**Deshalb rufen wir euch dazu
auf, euren Protest gegen die
deutsche Arbeitsmoral am 01.
Mai an all den Orten sichtbar
zu machen, an denen die
Unterdrückung Erwerbsloser
sichtbar wird: An Arbeits-
agenturen, Jobcentern, vor
Sozialgerichten oder Firmen
und Organisationen, die in
Zusammenarbeit mit den Job-
centern Jobs für Langzeit-
arbeitslose zu entwürdigenden
Entlohnungen schaffen.
Durch Kundgebungen, krea-
tive Aktionen oder militante
Angriffe.**

Einen erweiterten Aufruf, sowie weitere Informationen zum Aktionstag
gegen die deutsche Arbeitsmoral findet ihr auf unserer Webseite:

<https://gegendeutscharbeitsmoral.blackblogs.org>

GEGEN DIE DEUTSCHE



MORAL

Kurzaufruf zum Aktionstag gegen die deutsche Arbeitsmoral

Am 01. Mai laden Gewerkschaften, proletariatsverbundene radikale Linke, aber auch die extreme Rechte zu den traditionellen 1. Mai-Protesten. Sie berufen sich dabei direkt oder indirekt auf die sogenannte „Haymarket Affair“, bei der die Arbeiter*innenbewegung der USA 1886 zum Generalstreik aufrief, um den Achtstundentag durchzusetzen. Die damaligen Proteste eskalierten, mehrere hundert Demonstrant*innen wurden verletzt, dutzende starben, darunter auch Polizist*innen. Doch der Staat schlug zurück und in der Folge wurden vier der als Organisator*innen der Demonstration ausgemachten Anarchist*innen hingerichtet, ein weiterer beging Suizid. Erst 1938 wurde der Achtstundentag in den USA bundesweites Gesetz.

Heute, 122 Jahre später, ist der Achtstundentag zwar gängiger Standard in weiten Teilen des globalen Nordens, in Deutschland ist er mit einigen Ausnahmen auch gesetzlich verankert, doch tendenziell wird

diese Regelung immer häufiger unter Mithilfe der Arbeitnehmer*innen untergraben. Gewerkschaften, Arbeitnehmer*innen und sogenannte „Arbeiterparteien“ in Deutschland fordern zuweilen gar „mehr Arbeit“, vor allem jedoch die „Schaffung von Arbeitsplätzen“. Dabei leben wir in einer Gesellschaft, der aufgrund des hohen Technologisierungsgrades eigentlich die klassische Arbeit ausgehen müsste und das ist doch ein Grund zur Freude, oder?

Das sehen Vertreter*innen von Politik, Gewerkschaften und auch der größte Teil der Gesellschaft anders. Sie sehen den Verlust klassischer Arbeit als Bedrohung, schüren Angst vor der kommenden Beschäftigungslosigkeit und erhöhen so den Konkurrenzdruck unter den Arbeitnehmer*innen. Sinkende Löhne und längere Arbeitszeiten sind eine Folge dieses Konkurrenzdenkens, denn wo sich zwei um einen Job streiten, da profitiert der*die Arbeitgeber*in. Doch die Tatsache,

dass sich alle Fleißigen verbissen um ihre Arbeitsplätze streiten, ist nicht etwa ein Gewinn für alle „Faulen“, im Gegenteil: Das Thema Arbeit ist zu einer Ideologie geworden. Wer keinen (Vollzeit-)Job hat, wird als Abweichter*in der Norm betrachtet. Während gegen Langzeiterwerbslose der Generalverdacht erhoben wird, als „Parasit“ (Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, 2005) von den Einkünften derer zu leben, die, wie es scheint, am liebsten alle Arbeit an sich reißen würden, steigt der Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt weiter, wenn zur „Aktivierung“ der Langzeiterwerbslosen Stellen zu Löhnen von zum Teil nur einem Euro pro Stunde geschaffen werden, um diese zu schikanieren und so in ein anderes ausbeuterisches Arbeitsverhältnis zu zwingen.

Dabei verschärfen sich die Ressentiments gegen Erwerbslose, die erschreckende Parallelen zu den im Nationalsozialismus gängigen Stereotypen und gezielten Verunglimpfungen gegenüber sogenannten „Asozialen“ (eine Bezeichnung, die auch heute noch gängig ist) aufweisen,

immer weiter. Wenn rechte Parteien vor einer „Einwanderung in die Sozialkassen Deutschlands“ warnen und von „arbeitsfaulen Ausländern“ reden, erinnert das an die nationalsozialistische Verunglimpfung von Sinti und Roma als „Asoziale“ qua Geburt. Die Ressentiments gegen Erwerbslose haben in Deutschland also wieder eine deutliche, rassistische Ausprägung, oder sollte mensch sagen immer noch?

Erwerbslos zu sein, vor allem über längere Zeit, bedeutet jedoch nicht nur einen gesellschaftlichen Ausschluss aufgrund des Denkens der arbeitsbefürwortenden Menschen, mangelnden finanziellen Teilhabemöglichkeiten, usw., es bedeutet auch den willkürlichen Schikanen der Jobcenter ausgesetzt zu sein. Nicht nur wird von einer*m verlangt, jede Arbeit anzunehmen, eine gewisse Zahl von Bewerbungen pro Woche zu schreiben, es kann auch passieren, dass mensch an sinnlosen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen teilnehmen muss. Lässt mensch sich diese Schikanen nicht gefallen, drohen Sanktionen, bei denen ein Teil